



ANTWORTEN
von
Andreas Roll
(WK Neckar-Zaber)

Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. Ich hatte bereits im Austausch mit Sebastian Engelmann, dem Kandidaten bei der letzten Bundestagswahl für den Wahlkreis Neckar-Zaber und Grüne Jugend-Aktiven, im Gespräch den Eindruck gewonnen, dass die Grüne Jugend sehr sachorientiert an Probleme heran geht. Ich empfinde es als sehr konstruktiv, dass hier grüne Gedanken klar formuliert werden und auch bei Kontroversen kein Blatt vor den Mund genommen wird. Mein Verhältnis zur Grünen Jugend sehe ich noch sehr ausbaufähig, da ich erstmalig kandidiere. Ich wünsche mir in der Zusammenarbeit für unser großes Ziel 2009 einen regen Meinungs austausch und noch viele Kontakte zur Grünen Jugend.
2. Ich werde mich für eine Erweiterung der aktiven und passiven Wählbarkeit einsetzen. Das derzeitige Wahlalter halte ich für zu spät angesetzt, um an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken. In einer fortschrittlichen Demokratie sollten die WählerInnen früher mitbestimmen dürfen und staatsbürgerliche Rechte wahrnehmen. Das hätte sehr positive Wirkungen auf die Gesellschaft und auf Problemlösungsbeiträge für die Menschen. Deshalb bin ich für die Herabsetzung des Wahlalters auf das 16. Lebensjahr, wie dies bereits in einem grünen Antrag in 2007 gefordert wurde. Außerdem habe ich beruflich bedingt ein starkes Interesse, im Bereich der Gesundheitsförderung viel stärker als bisher auf die Bedürfnisse der Jugend hinzuwirken und entsprechende Angebote zu fördern. Auch die Jugendlichen müssen an der Gesundheitsförderung und der medizinischen Versorgung in vollem Umfang teilnehmen können - auch bei fehlendem Einkommen.
3. Erstens die Herabsetzung des Wahlalters (vgl. Frage 2). Zweitens sollten wir mehr direkte Demokratie wagen. Ich halte Bürgerentscheide, auch nach Schweizer Vorbild, für erstrebenswerte Instrumente, um der Gesellschaft beizubringen, wie Demokratie mit Engagement und Lebensfreude gelebt werden kann. Nicht nur jüngere BürgerInnen spricht es positiv an, wenn sie sich an den Problemlösungen in ihrem eignen Lebensumfeld selbst beteiligen können und das nicht immer „die da oben“ regeln.

Das jüngste Mitglied des Bundestags ist grün – Anna Lührmann, Jahrgang 1983. Und das ist bereits heute das Schöne an unserer Partei: wir glänzen überdurchschnittlich oft mit wenig Lebensjahren und viel Engagement! Dabei darf der Anteil an jungen Abgeordneten auch im Bundestag nach meiner Meinung durchaus noch weiter wachsen. Jugendliche können für Politik besonders überzeugend begeistert werden, wenn diese Begeisterung von Gleichaltrigen vermittelt wird. Deshalb ist dieses Ziel mit einem höheren Anteil von jungen Entscheidungsträgern wirksamer zu erreichen.

4.
 1. der konkrete Ausstieg aus der Atomenergie und die Förderung einer dezentralen regenerativen Energiewirtschaft
 2. die Gleichstellung/ Genderpolitik, um Chancengleichheit von Frauen in Politik, Wirtschaft und Verbänden wirksam umzusetzen
 3. die wirtschaftliche Förderung des Mittelstands und die Schaffung von sinnhaften Arbeitsplätzen in der Fläche anstatt der einseitigen Übervorteilung der Großindustrie an wenigen Standorten
 4. in der Gesundheitspolitik die Stärkung lokaler Netzwerke und sinnvoller Leistungen wie z.B. die freie Arztwahl für alle BürgerInnen. Außerdem sollte die Einflussnahme der Pharmariesen auf Entscheidungsprozesse im Interesse der PatientInnen beschränkt werden.
5. Das Thema Gender-Policy, Frauenpolitik bzw. Chancengleichheit ist für uns Grüne ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal und ein nachhaltiger Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft. Aspekte dieses Querschnittsthemas finden sich deshalb in vielen Themenfeldern. Diese Aspekte möchte ich im Wahlkampf den Wählerinnen und Wählern deutlich machen. Dabei möchte ich z.B. die Einstellung von Frauen mit Kindern in Führungspositionen für Unternehmen attraktiver machen. In Berufen mit mangelhaftem Männeranteil (z.B. Erzieher in Kindergärten) möchte ich diesen verantwortungsvollen Tätigkeitsbereich durch die Förderung entsprechender Informationen und Anreize durch die Einrichtungen selbst attraktiver gestalten. Zum Thema Gleichstellung habe ich in der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik am 26.09.2008 im Stuttgarter Landtag einige meiner Positionen insbesondere im Bereich Gesundheitspolitik dargestellt, die demnächst auf der Website <http://www.frauenpolitik.gruene-bw.de> ergänzend nachgelesen werden können.
6. Ich sehe nicht die Ehe, sondern die Familie als schützenswertes Gut, das den Bestand der Gesellschaft und der Sozialversicherungssysteme sichert und deshalb gefördert werden muss. Deshalb sollten Lebenspartnerschaften mit Kindern ebenso von diesem Schutz profitieren wie verheiratete Partner. Dadurch wären auch hetero- und homosexuelle Partnerschaften gleichgestellt. Kinderlose unverheiratete Paare sollten steuerlich nicht schlechter gestellt werden als verheiratete Paare. Die Keimzelle des Staats ist nicht die rechtliche Form der Bindung, sondern ihr Inhalt und die Sinnhaftigkeit des

Zusammenlebens, über das die Partner selbst entscheiden sollten.

7. Ein Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist für mich, wenn die Arbeit von Menschen gerecht honoriert wird. Damit meine ich nicht nur die Erwerbsarbeit. Arbeit ist auch Familien-, Erziehungs- und ehrenamtliche Arbeit. Das Geld muss deshalb der Leistung der Menschen folgen. Staatliche Subventionen wie die aktuelle 3,2 Milliarden Euro-Soforthilfe für die deutschen Kliniken sind nur deshalb notwendig geworden, weil eine leistungsgerechte Vergütung nicht umgesetzt wird. Fehlinvestitionen belasten zusätzlich das Gesundheitswesen und seine Einrichtungen. Hier muss die Politik entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Armut und soziale Ausgrenzung müssen durch grüne Sozialpolitik verhindert oder reduziert werden. Die fehlende Übernahme der Kosten für Lernmittel, Schulmahlzeiten und die Inanspruchnahme von Sportangeboten, Musikschulen und Bibliotheken bei Kindern von Hartz IV-Empfängern ist inakzeptabel. Vorsorgevermögen muss völlig von der Anrechnung freigestellt werden. Auch bürgerschaftliches Engagement und die Weiterbildung bei Arbeitssuchenden muss unterstützt werden. Zwang durch staatliche Reglementierungen, die in das Leben der Bürger eingreifen, sind zu vermeiden.

Ein Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist es auch, langfristig mit einem bedingungslosen Grundeinkommen alle Menschen zu ihrem persönlichen Leistungsbeitrag für die Gesellschaft zu motivieren. Arbeit ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entfaltung, auch wenn sie nicht direkt bezahlt wird. Ein Grundeinkommen würde gleichzeitig die Sozialsysteme entlasten, zu einer Entbürokratisierung der sozialen Sicherungssysteme führen und eine gerechtere Verteilung der Arbeit ermöglichen. Unser viel zu kompliziertes Steuersystem könnte auf diese Weise vereinfacht werden. Durch einen solchen nachhaltigen Umbau würde auch die Arbeitslosenversicherung entlastet. Die von uns Grünen mitbeschlossene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war ein richtiger Schritt in diese Richtung. Arbeitslose fänden mit einem bedingungslosen Grundeinkommen leichter wieder in die Erwerbstätigkeit und würden nicht als BittstellerIn sondern als BewerberIn auftreten. Sie würden im sozialen Status nicht mehr in dem Maße geringgeschätzt, in dem dies heute leider noch häufig geschieht.

8. Das ist eine sehr umfassende und mehrere große Themenbereiche vernetzende Frage. Alle genannten vier Fragestellungen sind grüne Themen, die z.B. den Atomausstieg sowie die Förderung einer dezentralen regenerativen Energieerzeugung beinhalten. Ebenfalls wird eine stärkere Berücksichtigung von sozialen Bedürfnissen anstatt einer einseitigen Subventionierung der Großindustrie angesprochen. Der gemeinsame Nenner dieser Themen ist die Besinnung auf das eigentliche Menschsein in der Gesellschaft. Ein zufriedener und gesunder Mensch ist in der Lage, sich ökologisch verantwortungsvoll zu verhalten und im sozialen Netzwerk eingebunden auch gesunde Aktivitäten zu entwickeln, die der Gesellschaft als Ganzes nützen. Im Grunde genommen ist die Soziale Frage die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

9. Das Antidiskriminierungsgesetz muss entsprechend der Aufforderung durch die Europäische Kommission nachgebessert werden. Die Blockadehaltung der Bundesregierung behindert einen europaweit vereinheitlichten und wirksamen Minderheitenschutz. Die Überarbeitung des Gesetzes muss schnellstmöglich sichergestellt werden, wenn es Deutschland ernst meint mit dem Schutz von Minderheiten. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Wirtschaft und damit die Chancengleichheit auf Arbeit.

10. Eine auf Friedensziele ausgerichtete Außenpolitik muss neben Diplomaten auch über eine Armee verfügen, die in friedfertiger Weise für humanistische Zwecke, für den Wiederaufbau sowie in Krisenregionen eingesetzt wird. Bundeswehreinätze sind für mich die Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln. Von der Beteiligung an Kampfeinsätzen halte ich nichts, insbesondere wenn dadurch eine Destabilisierung einer Region zu erwarten ist oder bereits besteht. Die Beispiele Irak und Afghanistan haben klar gezeigt, dass eine langfristige Befriedung und demokratische Entwicklung nicht gewaltsam umgesetzt werden kann. Wiederholte menschenverachtende Folter durch Soldaten der US-Armee bei militärischen Einsätzen wie in Afghanistan belegt die Perversion und das soziale Fehlverhalten, das durch die kriegsbejahende Position einer Regierung in bestimmten Fällen ausgelöst werden kann. Eine grüne Armee hat die Aufgabe, die Bevölkerung – auch die der Partnerstaaten - vor Gewalteinwirkung zu schützen, sie führt jedoch keinen Kampfeinsatz.